

## **Und jetzt? Weiter so?? – Eine Nachwahlbetrachtung**

**Von Lena von Deylen und Philipp C. Wichardt, 15.9.2026**

Nun ist es passiert: Eine Partei, die in einem Bundesland als gesichert extremistisch eingestuft wurde, hat die Landtagswahl in genau diesem Bundesland klar für sich entschieden. Auch wenn sich das Ergebnis bereits Wochen zuvor abgezeichnet hat, möchten wir an dieser Stelle auf zwei Dinge eingehen, die unserer Meinung nach besonders Anlass zur Sorge geben. Beide betreffen den Umgang mit und die Reaktionen auf dieses Ergebnis.

Zum einen geht es um die weiterhin anhaltenden Diskussionen mit Blick auf Sachsen-Anhalt. Schon am Wahlabend, aber auch bereits in den Tagen zuvor, sprachen viele Politiker/innen auf Bundesebene vor allem von Fragen wie: „Wer mit wem?“, „Hält die Brandmauer?“ oder „Was macht das BSW?“

Aber was ist mit den Menschen? Eine Frage, die am Wahlabend auch im Deutschlandfunk aus der Hörerschaft gestellt wurde, war: Wenn die AfD in Sachsen-Anhalt als gesichert rechtsextrem eingestuft ist, warum wählen sie dann so viele Menschen?

Ja, warum? Und wo ist der Plan, die Vision, die daran etwas ändern könnte? Nicht vorrangig, um der eigenen Partei einen Platz in der Regierung zu sichern, sondern um den Menschen, denen offenkundig etwas fehlt, eine bessere, tragfähige, weltoffene und demokratische Alternative zu bieten. Eine Alternative, mit der sie etwas anfangen können. Eine, die ihnen zeigt, dass diejenigen, die über große Teile ihres Lebens bestimmen, ihre Lebensrealität verstehen. Eine Alternative, in der sie sich gesehen fühlen. Eine Alternative für Menschen nicht für Nationalitäten.

Stattdessen – und das ist Punkt 2 – liegt der Fokus gefühlt vor allem auf den anstehenden Wahlen und möglichen Machtoptionen – lokal wie auf Bundesebene. Auf der Bedrohung durch die AfD. Und natürlich lebt auch die Debatte über ein Verbot wieder auf. Dazu kommen zunehmend hektisch wirkende Diskussionen innerhalb der Koalition darüber, was bei der einen oder anderen Reform vielleicht doch nicht möglich ist. Oder bei welchen Themen man sich dem Kurs der AfD vielleicht annähern könnte oder gar sollte. Vielleicht gar die Extremisten mit einbeziehen. Und schließlich ein Kanzler, der weiterhin wenig Einsicht zeigt in -- sagen wir mal -- diverse unglückliche Äusserungen und stattdessen sagt: Aufgeben sei keine Option. Also: weiter so!?

Mal ehrlich: Würden Sie sich, wenn Sie zu ertrinken drohen, an jemandem festhalten, der ständig zappelt? Wäre es nicht an der Zeit, eine Vision zu präsentieren, die den Thesen der AfD inhaltlich etwas entgegensetzt und diese Vision als wirklich lohnenswert zu vermitteln? Dass man verstanden hat, zeigt sich nicht an Worten sondern an Taten.

Worin sich viele Wählerinnen und Wähler, unabhängig von ihrer Parteiwahl, einig zu sein scheinen ist doch Folgendes: Es muss sich etwas ändern. So kann es nicht weitergehen. Die alltäglichen Sorgen der Menschen müssen wieder mehr gesehen werden. Soll heißen, es scheint, es fehlt vor allem an echtem Verständnis.

Da hilft im Übrigen auch kein Parteiverbot. Natürlich würde ein Verbot der AfD die unmittelbaren Ängste vieler Wählerinnen und Wähler lindern. Auch praktische Probleme des Umgangs wären scheinbar gelöst. Nur würde es die Unzufriedenheit vieler anderer, die sich nach einem strukturellen und tiefgreifenden Wandel sehnen, aber nicht lösen. Die Gründe, aus denen Menschen sich von der Politik abwenden, verschwinden nicht mit einer Partei. Ein Verbot ohne einen tragfähigen Plan und eine klare Vision für die Zukunft wäre daher eh höchstens eine Lösung auf Zeit. Ein Parteiverbot darf auch nicht zum Ersatz für die notwendige politische Arbeit werden. Wie will man das glaubhaft vermitteln?

Es gibt doch auch gute Signale. Dass die Demokratie in Deutschland lebt, zeigt zum Beispiel die Wahlbeteiligung. Gerade im Moment der Krise ist sie hoch. Es ist den Menschen also nicht egal, was passiert. Ja, viele wählen extreme Optionen. Aber glauben Sie, dass es hilft zu sagen "Das dürft Ihr nicht. Das verbieten wir Euch."? Wir hätten Zweifel, dass das geeignet ist Vertrauen in die vermeintlichen Eliten, die sich angeblich für die Belange Bürger nicht interessieren, zurückzugewinnen.

Was also tun? Ein Blick in die Forschung kann zumindest eine grobe Idee vermitteln: Gerade in unsicheren Zeiten, wenn persönlich Pläne und Ziele in Gefahr geraten, braucht es empathisches Zuhören, Klarheit, Verlässlichkeit und Ruhe. Es gilt, Sorgen ernst zu nehmen und Zuversicht und Vertrauen zu vermitteln. Ist das wirklich so schwer?

Natürlich ist es kurzfristig verlockend lieber hektisch auf die anderen demokratischen Parteien zu zeigen oder sie weiter zu diskreditieren. Wir alle mögen "quick fixes". Aber wenn es Politik wirklich um die Menschen geht und nicht primär um die eigene Macht, sollte es dann nicht möglich sein etwas geduldiger zu agieren und trotz inhaltlicher Differenzen miteinander auszukommen, um Stabilität zu vermitteln? Weil es gerade im Moment vor allem um gemeinsame Grundwerte geht und nicht so sehr um gegensätzliche Positionen im Detail. Im guten Miteinander und nicht gegeneinander, auch wenn mal nicht alles passt – ist nicht das gerade die zentrale Botschaft, die es gilt zu vermitteln, als echte Alternative für die Menschen.